

Ökologie & EUROPA

1
2021

Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



Mehr Tierwohl nutzt allen 10

Stopp dem Flächenfraß! 4



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Sie halten die erste Ausgabe der neuen ÖKOLOGIE & EUROPA in Händen. Ich hoffe, diese Broschüre findet Ihr Interesse und Sie finden darin Anregungen durch meine Arbeit im Europäischen Parlament.

Wir wollen künftig mehrmals im Jahr eine solche Broschüre für Sie erstellen. Die finden Sie dann in der Zeitschrift ÖkologiePolitik. In jeder Ausgabe gebe ich Einblicke in meine Arbeit als Abgeordnete. Deshalb wird jedes Heft in einem Schwerpunkt auf eines der aktuellen Politikfelder eingehen, das ich bearbeite. So können Sie sich aus erster Hand informieren, wie ich gemeinsam mit meinem Team in Brüssel sowie in Straßburg und in meinem Wahlkreisbüro für die Wählerinnen und Wähler und die ÖDP-Mitglieder.

Der Schutz unseres Bodens steht im Mittelpunkt dieser ersten ÖKOLOGIE & EUROPA. Als Schattenberichterstatterin meiner EFA-Fraktion, konnte ich zusammen mit einigen meiner Kollegen und gegen die EPP-Fraktion das Thema Bodenschutz und insbesondere einen EU-einheitlichen Schutz unserer Böden auf europäische Ebene hieven.

Sie wissen: Ich habe seit Mitte Juli vergangenen Jahres die Ehre, als Nachfolgerin von Prof. Klaus Buchner die ÖDP im Europäischen Parlament zu vertreten. Dieser Wechsel fiel leider in die Zeit der Pandemie. Corona

erschwert auch in Belgien und Frankreich die Arbeit für uns Abgeordnete: Viele Sitzungen sind nur noch virtuell, die Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen im Parlament sind aufgrund der vielen Infektionen äußerst streng. Das behindert leider den direkten Kontakt zu Ihnen und den Gliederungen der ÖDP. Kreisverbände beispielsweise können mich zurzeit nicht vor Ort besuchen. Auch dürfen wir als Abgeordnete keine Parteimitglieder im Europaparlament empfangen – allenfalls online ist ein Einblick ins Geschehen möglich.

Ich lade Sie natürlich dennoch ein, diese Möglichkeit zu nutzen. Die virtuellen Parlamentsbesuche wickeln wir über die Plattform Webex (oder auch über Zoom) ab. In etwa 60 bis 90 Minuten bekommen Teilnehmende einen interaktiven Vortrag. Er vermittelt das Parlament und dessen Arbeit. Anschließend können Sie direkt Ihre Fragen an mich stellen.

Einige Kreisverbände haben dies schon in Anspruch genommen (siehe Seite 15). Machen Sie von dieser Gelegenheit regen Gebrauch: Ich freue mich darauf! Wegen einer Terminabsprache wenden Sie sich bitte an mein Abgeordneten-Büro.

All jenen, die sich für meine Arbeit als Abgeordnete näher interessieren, lege ich zudem auch meine Webseite (www.manuela-ripa.eu) ans Herz. Dort erfahren

Sie nicht nur mehr über mich als Person. Sie finden auch meine aktuellen Pressemeldungen sowie Informationen [über meine Arbeit in den Ausschüssen](#) des Europa-Parlaments. Ich vertrete die ÖDP

- im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
- im Ausschuss für internationalen Handel
- im Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung sowie
- im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

Da mir zudem das Tierwohl und der Kampf gegen die Massentierhaltung ein besonderes Anliegen sind, bin ich Mitglied der *Intergroup for Animale Welfare and Conservation of Animals* des Europäischen Parlaments. Meine Kolleginnen und Kollegen in diesem Gremium wählten mich zu ihrer Vizepräsidentin. Darauf bin sehr stolz.

Außerdem bin ich Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Iran sowie der Delegation für die Beziehungen zu Indien.

Seit meinem Mandatsbeginn habe ich an folgenden Berichten als Schattenberichterstatterin gearbeitet oder arbeite zurzeit daran:

- im Ausschuss für internationalen Handel zum CO₂-Grenzausgleichssystem (kurz: CBAM)
- im Umweltausschuss zum Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere
- im Industrieausschusses zu Batterien und Batterie-recycling
- im internationalen Handelsausschuss zur europäischen Strategie für kritische Rohstoffe
- im Umweltausschuss zum Entschließungsantrag zum Bodenschutz
- in der *Animal Welfare Intergroup* gegen den illegalen Handel von Welpen
- außerdem bin ich Mitglied in der Parliamentary Reform Focus Group 5 – Internal Organisation, wo ich mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetze
- schließlich arbeite ich als Mitglied im EP-Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung an einem Bericht der Ende des Jahres vorlegt wird
- im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) bin ich für die Circular Electronics Initiative zuständig und bearbeite dort gemeinsam mit Sarah Wiener das Follow-up zu Farm-to-Fork.

Nach der Sommerpause wird mein Fokus ganz auf der Kreislaufwirtschaft liegen. Ich werde die Berichte für den Industrieausschuss des EPs mitverfassen, etwa zu

- neuen Anforderungen an technische Ausführungen und Verbraucherrechte im Bereich der Elektronik
- zu einheitlichen Ladegeräten für Mobiltelefone und vergleichbarer Geräte sowie
- zur Stärkung des Verbrauchers für den grünen Wandel.

Im Umweltausschuss bin ich mit zuständig

- für die Überarbeitung und Aktualisierung der Konzentrationsgrenzwerte für persistente organische Schadstoffe in Abfällen
- und für eine bessere Kreislaufwirtschaft für Elektronikgeräte, wo es auch um ein Recht auf Reparatur geht.

Zu einzelnen Themen konnte ich mich auch direkt mit unseren Bundesarbeitskreisen austauschen, wie dem BAK Landwirtschaft und dem BAK Energie.

Grundsätzlich lege ich sehr viel Wert auf eine enge Vernetzung mit meiner Partei. Sie können sich über die interaktive, ÖDP-interne Kommunikationsplattform *Orange Aktiv* über meine Arbeit informieren und mit Kommentaren reagieren. Oder nutzen Sie E-Mail und Telefon, um mit mir in Kontakt zu treten – am besten über die [Kontaktdaten meines Büros](#) (Seite 15). Sollten Sie mich dort einmal nicht sofort persönlich erreichen, steht Ihnen mein hochmotiviertes Team jederzeit für Ihre Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Einige ÖDP-Mitglieder haben das bereits getan und ich konnte Vor-Ort-Themen direkt in die Ausschüsse des Europäischen Parlaments tragen: etwa die Gesundheitsgefahren beim Pestizideinsatz auf Äckern sowie Schlupflöcher bei Lebeltiertransporten. Mehr dazu lesen Sie auf [Seite 14](#).

Nun freue ich mich auf den persönlichen Kontakt, wenn ich ÖDP-Mitglieder nach dem hoffentlich baldigen Abflauen der Pandemie auch endlich wieder persönlich treffen kann. Einstweilen bleibt mir nur, Ihnen und Ihren Familien alles Gute zu wünschen und Ihnen meine herzlichsten Grüße zu senden.

Bleiben Sie gesund!

Ihre

Manuela Ripa

Manuela Ripa

Kontakt Manuela Ripa:

- 🌐 <https://manuela-ripa.eu/>
- 📘 Facebook: @ripamanuela
- 🐦 Twitter: @RipaManuela
- 📷 Instagram: @manuela.ripa

Böden:

Basis zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele

Wenn wir es mit dem *European Green Deal* ernst meinen, müssen wir auch über unsere Böden reden: Nicht nur, weil wir alle sicher darauf stehen und gehen. Sie sind und bleiben die Grundlage, auf der wir die Nachhaltigkeitsziele der EU verwirklichen.

» von *Manuela Ripa*

Unsere Böden sind – im ursprünglichen Sinn des Worts – die Basis unseres Ökosystems. Sie bereiten den Grund für eine gesicherte Lebensmittelversorgung. Sie sind entscheidend für den Erhalt der Biodiversität oder filtern Wasser. Sie trennen Schadstoffe ab und können helfen, die Folgen von Überschwemmungen und Dürreperioden besser zu meistern.

Und – das dürfen wir nie aus den Augen verlieren – gesunde Böden sind ein wichtiger Kohlenstoff-Speicher. Sie übernehmen damit gegen den immer weiter fortschreitenden Klimawandel eine wichtige Pufferfunktion. Sie bewahren uns vor einem noch stärkeren Anstieg des Treibhausgases Kohlendioxid in der Atmosphäre und damit weiter nach oben kletternden Temperaturen auf dem Planeten.

Die Menschen verkennen den Wert des Bodens

Böden sind eine begrenzte Ressource. Dieses Hauptproblem haben viele Menschen – auch Politiker – leider noch immer nicht erkannt. Sie verkennen damit den Wert des Bodens. Viele sehen Bodenfläche noch immer als unbegrenzt. Das ist sie aber nicht: Sie ist eine endliche Ressource.

Mit diesem wertvollen Gut gingen wir in den zurückliegenden Jahrzehnten viel zu verschwenderisch um. Das ist ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können und nicht mehr leisten sollten. Im Saarland, meinem Heimat-Bundesland, führte dies dazu, dass die Region direkt nach Nordrhein-Westfalen heute jenes Bundesland mit der am meisten versiegelten Fläche ist. Laut Bundesumweltministerium verbaut Deutschland täglich rund 56 Hektar für Siedlungen und Straßen. Die Fläche entspricht jener von circa 79 Fußballfeldern.

Das belegt: Wir gehen keinesfalls sorgsam mit Böden um. Ist ein Boden jedoch erst einmal zerstört, werden die kommenden Generationen seine Wiederherstellung kaum erleben.

**Einheitlicher Bodenschutz:
In der EU (leider noch) Fehlanzeige**

Hilfe ist noch nicht in Sicht: Suchen wir in der EU nach verbindlichen Regelungen, die uns den einheitlichen Schutz unserer Böden garantieren könnten, bleibt dies bislang vergeblich.

Wir können uns jedoch nicht erlauben, auf EU-Ebene keine starke europäische Bodenschutzgesetzgebung zu haben. Denn: Die Böden in der EU sind verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt. Daran besteht absolut kein Zweifel. Deshalb müssen wir diese Probleme auch explizit benennen!

» Böden sind eine begrenzte Ressource. Dieses Hauptproblem haben viele Menschen – auch Politiker – leider noch immer nicht erkannt. «

Ein gemeinsamer und verbindlicher Gesetzesrahmen ist der beste und effizienteste Ansatz, den Umgang mit dieser wertvollen Ressource in allen Mitgliedstaaten nachhaltig zu regeln. Weshalb ich die Kommission dazu aufrief, die Bedeutung des Bodenschutzes ganz nach vorn auf ihre Agenda zu setzen. Erforderlich ist ein gehaltvoller Entschließungsantrag, denn wir können den Patienten Boden nicht behandeln, wenn wir die Krankheit nicht beim Namen nennen.

Wir müssen die EU-Mitgliedsstaaten verpflichten, bei der Neuausweisung von Baugrund künftig Brach-



Täglich
wird in Deutschland eine Fläche von rund 56 Hektar versiegelt. Das entspricht ca. **79 Fußballfeldern.**



„Ein gesunder, intakter Boden ist die Grundlage für jedes Ökosystem und für jede menschliche Ernährung. Doch durch die fortschreitende Intensivierung der Landnutzung gefährden wir unsere Böden. Daher setzt sich die Deutsche Umwelthilfe für eine Ökologisierung der Landwirtschaft ein, die Humus erhält und nachhaltige Nutzung ermöglicht.“

Peer Cyriacks

Stellvertretender Bereichsleiter Naturschutz
Deutsche Umwelthilfe (DUH)



flächen und Leerstände stets unversiegeltem Boden vorzuziehen. Bis 2030 brauchen wir eine 50-prozentige Reduktion des täglichen Flächenverbrauchs- und bereits deutlich vor dem Jahr 2050 muss es einen Netto-Null Flächenverbrauch des Bodens in der EU geben – und eine Flächenkreislaufwirtschaft. Helfen kann dabei auch, dass wir Leerflächen, die lange brach liegen, nach drei Jahren mit einer Steuer belegen.

Mehr Bürger-Mitsprache als Ziel

Um dieses Ziel zu realisieren, brauchen wir in der EU ein einheitliches Überwachungs-System für die Bodenqualität. Wir müssen den Flächenfraß stoppen. Das Überwachungssystem soll garantieren, dass wir künftig gefährdete Gebiete besser vor Versiegelung schützen können und stattdessen lieber die Brachflä-

chen einer Nutzung zuführen. Nur so werden wir nachhaltig in unserem Bodenverbrauch.

» Die Folgen, die zerstörter Boden mit sich bringt, machen natürlich vor keiner Landesgrenze halt. «

Da der Bodenschutz alle Menschen in der EU angeht, setze ich mich überdies für ein Recht auf Beteiligung und Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei Raumplanungsverfahren ein. Wir dürfen künftig niemand aus der Gesellschaft mehr außen vor lassen, wenn es um den Verbrauch des Bodens geht.

Die Folgen, die zerstörter Boden mit sich bringt, machen natürlich vor keiner Landesgrenze halt. Deshalb

Ist es essenziell, dass wir den Bodenschutz europäisch angehen und nicht auf nationale Alleingänge zurückfallen.

Mittlerweile gibt es auf EU-Ebene Gesetzgebung zu Luft und zu Wasser, was aber nicht gelungen ist, ist eine konsequente und umfassende europäische Gesetzgebung für unsere Böden. Das lag bisher vor allem an den Mitgliedsstaaten – auch an Deutschland –, die das blockierten. Jedoch gilt insbesondere in der Klima- und in der Biodiversitätskrise dringender Handlungsbedarf.

In der Fraktion für das Thema Boden zuständig

Genau da setze ich mich im Europäischen Parlament ein. Ich bin für meine Fraktion die Zuständige für das Thema Boden. In einer gemeinsamen Resolution mit den anderen Fraktionen im Europäischen Parlament habe ich mich unter anderem dafür eingesetzt,

- dass es einen regulatorischen Rahmen für den Bodenschutz gibt,
- dass Brachflächen der Versiegelung neuen Bodens zwingend vorzuziehen sind,
- dass es bis 2030 keine Bodenverschlechterung und bis spätestens 2050 keinen Flächenfraß mehr geben darf,
- dass Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf kommunaler und Landesebene besser informiert und geschult werden und

- etwas, das mir besonders am Herzen lag, dass es ein Recht auf [Bürgerbeteiligungen](#) bei Raumplanungsverfahren geben muss.

Gesunde Böden sind, im wahrsten Sinne des Wortes, die Grundlage unserer Ökosysteme, unserer Lebensmittel, einem stabilen Klima. Sie sind die Grundlage unserer Existenz.

Wir dürfen Boden nicht mehr gedankenlos verbrauchen. Er ist der zentrale Bestandteil, um die Ziele des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Wir müssen ihn daher in der EU mit einem EU-weit verbindlichen Gesetzesrahmen schützen. Böden sind eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource und ein wichtiges Ökosystem von herausragender Wichtigkeit für unsere Umwelt und Sozioökonomie.

Dennoch gibt es keinen europäischen Gesetzesrahmen, um Böden zu schützen. Während es bereits umfassende Gesetzesrahmen für den Schutz von Wasser und Luft gibt, fällt der Bodenschutz bisher nur unter nationale Regelungen. Nun fordert das EU-Parlament die Kommission auf, genau das zu ändern und einen starken Gesetzesentwurf zum Bodenschutz vorzulegen.

Im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI Ausschuss) gelang es mir im Frühjahr immerhin, wichtige Änderungsanträge einzubringen: zur strikten Einhaltung von hohen Standards in der Nutztierhaltung, zur Reduzierung der Vergabe von Tiermedikamenten und zur genauen Einhaltung von Nitrat-Grenzwerten.



„Diese Welt liegt uns zu Füßen und wird doch zu wenig beachtet. Der Boden ist die Grundlage allen Lebens an Land und ist selbst voller Leben. Doch das Leben unter der Erde ist ebenso bedroht wie das darüber.“

Intensive Landnutzung, Flächenversiegelungen, Boden-erosionen und übermäßiger Einsatz von Chemie

setzen ihm zu. Daher setzt sich der WWF für den Schutz der Böden ein und fordert beispielsweise eine europäische Bodenrahmenrichtlinie.“

Christoph Heinrich

Vorstand WWF-Deutschland



„5 vor 12!“

Europa schützt unser Wasser. Europa schützt unsere Luft. Für unseren Boden jedoch, gibt es bis heute noch keine gültige Regelung – dabei ist der Boden für unser aller Überleben genauso wichtig.

Allzu lange versäumten wir, dies – endlich – anzugehen. Jahrelang scheiterte der Versuch, den Boden zu schützen, an einer Sperrminorität im Rat. Damit verspielten wir wertvolle Zeit. Inzwischen sind rund 70 Prozent unserer Böden in einem schlechten Zustand: Sie sind versiegelt, Boden erodiert, wird überdüngt, mit Pestizid belastet. In Europa dehnen sich Wüsten aus. Es ist also 5 vor 12: Trotz Artensterben, Klimakrise und dem Verlust unserer Ressourcen denken aber einige der Mitgliedsstaaten immer noch und nur an kurzfristige Gewinne. Viele Abgeordnete im Parlament haben beim Thema Boden ebenfalls ihr Langfrist-Denken abgeschaltet.

Weil Bodenschutz nicht an Grenzen Halt machen kann und darf, braucht er eine europäische Lösung im Rahmen des European Green Deal. Nationale Alleingänge sind falsch. Wir dürfen unsere lebensnotwendige Ressource Boden, die uns alle im wahrsten Wortsinn trägt, nicht weiter achtlos mit Füßen treten.

Manuela Ripa

Rund
70 Prozent
unserer Böden befinden sich in einem schlechten Zustand: versiegelt, erodiert, überdüngt und mit Pestizid belastet.





Mehr Tierwohl nutzt allen

Dass die EU keine lauterer Absichten hege, sollte niemand meinen: Die Farm-to-Fork-Strategie, die EU-Biodiversitätsstrategie sowie der European Green Deal zeichnen zumindest das Bild einer ambitionierten Kommission. Sie vor, den Weckruf für mehr und besseren Umwelt-, Klima- sowie Tierschutz vernommen zu haben. Ich zweifle aber, ob Kommission, Parlament und Rat tatsächlich verstanden haben, was damit wirklich verlangt ist.

» von *Manuela Ripa*

Tierwohl und die Gesundheit der Menschen sind miteinander verwoben. Nicht zuletzt die Covid-Pandemie zeigte Europas Bürgern und den politisch Handelnden, wie eng die gegenseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Artenvielfalt, Tierwohl und der Gesundheit der Menschen verknüpft sind. Während es aber heute schwer

sein dürfte, Politiker zu finden, die sich nicht für mehr Tierwohl aussprechen, zeigt eine Detail-Überprüfung der European Animal Welfare-Gesetzgebung, dass die Kommission nicht so ehrgeizig ist, wie sie zu sein vorgibt: Sie missachtet weiter, wie die Gier nach billigem Fleisch Klima und Biodiversität schädigen. Sie ignoriert, dass ein Festhalten am bisherigen Wirtschafts-

und Lebensstil nur zwei Tatsachen zementiert: So überwinden wir die Klimakrise nie und Corona war nicht die letzte Pandemie, die uns droht.

GAP legte die Lücke zwischen Reden und Handeln offen

Das belegt der Blick auf unsere Landwirtschaft. Die jüngsten Verhandlungen legten das Dilemma zwischen wohlfeilen Reden und den Ergebnissen der Budgetberatungen offen. Während die Medien über eine Benennung veganer Burger diskutierten, trieb eine Mehrheit im Parlament die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) voran. Sie bindet EU-Fördergelder erneut an Flächen. Sie verzerrt damit den Wettbewerb und bevorteilt industriell betriebene Agrarfarmen gegenüber kleinen, ökologisch arbeitenden Höfen. Damit bezahlen Europas Steuerzahler auch künftig für eine Landwirtschaft, die Antibiotika vorbeugend an Tiere verabreicht. Bis zu 87 Prozent der Arzneimittel, die Bauern ihren Tieren gegen Keime geben, können aber Resistenzen gegen Bakterien – auch bei Menschen – bewirken. Sie behindern damit eine medikamentöse Behandlung im Notfall. Die Reserveantibiotika jedoch sind eigentlich als Notnagel zur Lebensrettung gedacht – heute nutzen sie Landwirte aber zur Ausweitung ihrer Renditemargen: Das zeigt, wie abartig unser Agrarsystem ist.

Laut Umfragen wollen Verbraucher in Europa eigentlich Biolebensmittel kaufen und essen. Sie sind sogar bereit, dafür mehr zu zahlen. Sie finden solche Waren aber kaum. Nach der Farm-to-Fork-Strategie sollten darüber Label aufklären, welche tierischen Lebensmittel Bauern nachhaltig erzeugten. Eine tolle Idee! Deutschlands Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner jedoch begnügt sich stattdessen mit einer Freiwilligkeitserklärung der Produzenten.

Gute Absichten schützen noch keine Tiere.

Zuallererst schützt das Wohl der Tiere auf Bauernhöfen – und damit auch uns Bürger – wenn wir falsche Subventionen kappen. Wir sollten dieses Geld für eine tiergerechte Haltung und Zucht ausgeben. Sie muss die Käfighaltung abschaffen und die Förderung für industrielle Landwirtschaft beschneiden. Den Bauern muss in jeder Übergangsphase finanziell unter die Arme gegriffen werden. Dazu gehört auch, dass wir die routinemäßige Gabe von Antibiotika verbieten. Hier ist die Kommission gefordert. Sie muss sicherstellen, dass Reserveantibiotika den Menschen vorbehalten bleiben und Tierärzte sie nicht verwenden dürfen.

Wer die Tierhaltung nachhaltig verbessert, schützt schon allein dadurch die Tiere vor Krankheit. Nur artgerechte Haltung – auf keinen Fall die Vorsorge der Veterinäre mit Medikamenten – sorgt dafür, dass die Tiere gesund leben. Dafür ist es wichtig, dass wir die Tierbestandsdichte auf Bauernhöfen zwingend reduzieren. Nur das erlaubt es den Tieren, sich natürlicher zu verhalten. Wir müssen das frühe Entwöhnen der Ferkel von den Sauen beenden, brauchen bessere Luft in den Ställen und müssen – auch – die genetische Selektion der Tiere für noch höhere Produktionskapazitäten beenden.

» Reserveantibiotika sind eigentlich als Notnagel zur Lebensrettung gedacht – heute nutzen sie Landwirte aber zur Ausweitung ihrer Renditemargen. «

Auch Tiertransporte – Lebendtransporte ebenso wie Ferntransporte – müssen wir neu regeln. Die Verordnungen des Rats konnten zu keinerlei Verbesserungen beitragen: Noch immer leiden Tiere in den Lastwagen und verletzen sich. Wenn schon, dann lasst uns das Fleisch transportieren und nicht die lebenden Tiere.

Blick aufs Tierwohl muss mehr erfassen

Damit Konsumentinnen und Konsumenten mehr mitreden können, müssen wir zudem die [Kennzeichnung](#) verbessern. Sie muss EU-weit verbindlich werden und europaweit mit Bildern aufklären, welchen Haltungsbedingungen die Tiere ihr Leben vor dem Gang zum Schlachter gefristet haben. Sie muss informieren, ob ein Produkt mit Pestiziden oder Antibiotika belastet ist und ob im Produkt gentechnisch modifizierte Teile enthalten sind.

Es gilt also, einen viel weiteren Blickwinkel bei der Sicht auf das Tierwohl einzunehmen. Dazu gehört, das Thema in Handelsabkommen zu integrieren. Das kann und muss verhindern, dass unterschiedliche Standards die Regeln verwässern und unterlaufen werden können. Die Diskussionen um den *European Green Deal* eröffnen die große Chance, dort das Thema Tierwohl aufzugreifen und zu stärken. Wir können eine Win-win-Situation für alle erzielen: die Tiere, die Umwelt, die Bauern und die Verbraucher.

Der Text erschien ursprünglich im EU Parliament Magazine.

Europa muss Batterie-Recycling anführen

Als Schattenberichterstatterin im EU-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) sollte Manuela Ripa bei einem Roundtable-Gespräch in einem Statement die Möglichkeiten fairer Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf Umwelt- und Sozialstandards zum Thema Batterien erläutern:

Europa versäumte es, bei der Entwicklung der Batterie-Technologie im globalen Wettstreit Schritt zu halten: Wir haben den Anschluss verpasst. Die grundlegenden Neuerungen in der Batterie-Technologie oder die Fortschritte in der Produktion der Energiespeicher machen hingegen vornehmlich die asiatischen Player. Im Moment scheint es fast unmöglich, deren Vorsprung aufzuholen.

Die EU unternahm große Anstrengungen und etablierte die European Battery Alliance. Ihr Ziel ist es, beachtliche Erfolge beim Aufbau einer eigenen Produktion von Batterien auf dem Kontinent zu erreichen. Im Saarland ist beispielsweise das chinesische Unternehmen S-Volt als Investor in der Branche aktiv. Aber ehrlich gesagt: Sie bauen dort lediglich bereits fertige Komponenten zusammen. Die eigentliche Batteriezellenfertigung ist in China angesiedelt, und alle für die Technologie wichtigen Elemente werden importiert.

Daraus lässt sich nur ein Schluss ableiten: Anstatt zu versuchen, den Vorsprung der Technologieführer aufzuholen, muss Europa in der Kreislaufwirtschaft führend werden, um auch und gerade in der Batterieproduktion künftig den Ton anzugeben und die Spitze zu besetzen.

Batterie-Recycling: Europas große Chance

Die Aufgabe heißt für uns also: Wir sollten als Europäer nicht versuchen, einen Wettlauf zu gewinnen, bei dem wir nur hinterher laufen können. Wir sollten uns vielmehr darauf fokussieren, Experten auf einem anderen Feld der Batterie-Technologie zu sein. Ich bin überzeugt, dass es viel besser ist, wenn wir Europäer das

Batterie-Recycling weiter vorantreiben. Hier haben wir die Chance und können zum Marktführer avancieren. Auf diesem Feld können wir weltweit führend sein – und zugleich die neuen Standards setzen. Diese Regeln müssen den nachhaltigen Umgang mit allen Stoffen in der Batteriebranche – auch rechtlich – garantieren und dafür den Rahmen setzen.

Die Internationale Energie Agentur (IEA) publiziert einen Report zur Effizienz der Rohmaterialien für Batterien. Jede wirtschaftliche Entwicklung basierte schon immer auf der stetig steigenden Nachfrage nach Ressourcen. Wir aber lassen dabei außer Acht, dass die Herstellung von Produkten nur bei gleichzeitigem Verbrauch von Materialien und Energie gelingt. Das Ergebnis dessen ist aber immer auch eine Freisetzung von Treibhausgasen sowie Umweltbelastungen.

Obwohl wir das eigentlich lange wissen, spiegelt sich diese Erkenntnis bislang nicht in den Lebenszyklus-Analysen wieder. Der effiziente Einsatz von Rohstoffen – etwa durch Umstellungen von Herstellungsprozessen oder durch Nutzung anderer Materialien – kann zur Reduktion der CO₂-Emissionen und damit zum Klimaschutz beitragen: etwa durch das richtige Design, weniger Materialverluste in der Produktion, der Verlängerung der Gebrauchsdauer, intensiverer Nutzung der Produkte, einer Weiterverwendung oder von funktionierendem Recycling.

Europa kann den Standard für Umweltverträglichkeit setzen

Dabei gilt: Ressourcen- und Recycling-Effizienz müssen wir zusammen denken. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir neue Regeln definieren, die Batterien

von Anfang bis zum Ende ins Auge fassen. Wir müssen dabei die komplexe Vernetzung der Welt berücksichtigen und sowohl die Rohstoffe, wie die gesamten Lieferketten betrachten und bewerten.

Für Batterien brauchen wir eine immense Menge an Rohstoffen. Deshalb müssen wir gerade hier besonders darauf achten, dass wir noch strengere Vorschriften für deren Extraktion und Verarbeitung einhalten. Die Initiative for Responsible Mining Assurance (IRMA) hat dafür Vorschläge erarbeitet. Sie gelten als Standard der Umwelt-Verantwortung, die wir einhalten und garantieren müssen. Die Anstrengungen, die die EU unternimmt, um die Rohstoffgewinnung für Batterie-Ressourcen wieder auf den Kontinent zurückzuholen, kann dabei helfen, die Einhaltung von Umwelt- und Sozial-Ansprüchen besser zu garantieren – trotzdem wird es nötig sein, den Bergbau in einem breiteren und

Wir sollten als Europäer nicht versuchen, einen Wettlauf zu gewinnen, bei dem wir nur hinterher laufen können.

Wir sollten uns vielmehr darauf fokussieren, Experten auf einem anderen Feld der Batterie-Technologie zu sein.

sorgfältig ausgearbeiteten Zusammenhang zu bewerten. Insbesondere dürfen wir es nicht zulassen, dass Bergbau in Naturschutzgebieten stattfindet, nur um an seltene Erden zu gelangen.



Vielmehr müssen wir endlich damit beginnen, Wirtschaft als Kreislauf zu verstehen. Wir müssen Recycling als übergreifende Aufgabe erkennen und den Einsatz von Rohstoffen drastisch einschränken. Schon allein aus diesem Grund wird es auch kaum machbar sein, dass wir alle heute in Autos benutzten Verbrenner-Motoren eins zu eins durch Elektroantriebe mit Batterien ersetzen können. Das darf nie unser Ziel sein.

Keine Auslagerung der Batterieproduktion in Billiglohnländer

Vielmehr muss das Argument gelten, dass wir neben der Rohstoffgewinnung auch ein Augenmerk auf die weiteren Produktionsprozesse bis zur fertigen Batterie haben. Das sollten unabhängige, auf Zeit bestimmte Auditoren bewerten.

Wir müssen zudem verhindern, dass Batterieproduktionen in Billiglohnländer ausgelagert werden. So schützen wir die Gesundheit der Menschen und speziell der Arbeitnehmer, die mit den Stoffen umgehen. Wir sollten sicherstellen, dass wir nur solche Batterien nach Europa einführen, die hier geltende Standards in ihrer gesamten Lieferkette auch garantiert erfüllen. Diese Bedingungen sollten wir auch an den Gebrauch von recycelten Batterien knüpfen.

Generell begrüße ich die höheren Anforderungen an das Recycling, die die Kommission setzt. Wir müssen aber auf Details achten: Wir sollten auf jeden Fall sicherstellen, dass Recyclate und neue Verbindungen aus solchen aufbereiteten Substanzen nutzbar und maximal abbaubar sind.

BÜRGER-HINWEISE ...

Pestizidbelastung: „Act now!“

Sabina Briegel (ÖDP-Vorsitzende im Kreisverband Gifhorn) berichtete Manuela Ripa von den extrem hohen Glyphosatbelastung in Niedersachsen.



Sabina Briegel

gehe darum, so Ripa vor dem Ausschuss, Familien zu schützen. Sie fragte, was wir darüber wissen, wie lange selbst bereits verbotene Pestizide noch in der Umwelt nachweisbar sind oder ob Kinder, die erkranken, routinemäßig auch auf Pestizidrückstände in ihrem Körper untersucht werden.

Auf den Einwand von Abgeordneten im Sonderausschuss, die weitere Studien zu den Gefahren von Pestiziden verlangten, richtete Manuela Ripa folgenden [Appell an die Kolleginnen und Kollegen](#): „Wir haben genug Belege. Wir brauchen keine weiteren Studien, die uns nur Zeit kosten: Wir sollten jetzt handeln!“

Die EU-Abgeordnete nutzte diese Informationen als Basis für ihre Frage im Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (BECA) des EU-Parlaments. Sie sprach dabei davon, dass Wissenschaftler rund



Quälende Tiertransporte stoppen!

Urban Mangold (ÖDP-Bezirksrat aus Passau) hatte im Frühjahr mit einer Pressemeldung der ÖDP Bayern auf einen tierquälerischen Viehtransport von Miesbach nach Kasachstan hingewiesen.



Urban Mangold

Kein Einzelfall: Der ÖDP-Bezirksrat berichtete auch von Transporten trächtiger Kühe aus Niederbayern nach Algerien. Dabei nutzen die Spediteure Schlupflöcher in den Regelungen der

EU. Legt der Fahrer einen 48-stündigen Zwischenstopp ein, handele es sich nach bestehendem Recht um zwei verschiedene Transporte, die deut-

um Gifhorn, das mitten in einer intensiv genutzten Landwirtschaftsregion liegt, 24 verschiedene Pestizide in der Luft fanden. Dann zählte sie den Mitgliedern des EU-Ausschusses die Beschwerden auf, über die Bewohnerinnen und Bewohner dort klagen: Kopfschmerzen, Hautirritationen oder Darmentzündungen. Manuela Ripa erwähnte, dass Gifhorn überdurchschnittlich viele Krebsfälle in Deutschland verzeichne. Sie verwies darauf, dass solch immense Pestizidbelastung vor allem für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen äußerst gefährlich sind: Kleinkinder, schwangere Frauen oder deren noch ungeborenen Föten. Es

schen Behörden sind jedoch nur für die erste Etappe des Weges zuständig, erklärt Mangold.

Manuela Ripa nahm sowohl die Pressemeldung von Urban Mangold auf sowie den Hinweis von Ludwig Maier aus dem ÖDP-Kreisverband Rosenheim, um diese Schlupflöcher im Sonderausschuss für Tiertransporte des Europäischen Parlaments zu adressieren.

„Mit solchen unverständlichen Ausnahmeregelungen wird das Verbot tierquälerischer Langzeittransporte untergraben“, kritisiert MdEP Manuela Ripa. Katastrophal sei bereits der Transport durch zu wenig Platz, ewige Fahrzeiten und schlechte Versorgung. Sie fragte im Ausschuss, wie das EU-Recht angepasst werden müsse, um diese Transporte zu verhindern. Sie wollte wissen, ob die Tiere nicht auf mehreren Kurz-

transporten ebenso leiden wie auf einem langen. Sie setzte sich für „starke und positive Tierschutzstandards“ der EU ein – auch wenn die Viehzüchter dies zu verhindern versuchen.



Zu BESUCH IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Der persönliche Kontakt zu den Menschen, die ich als Abgeordnete vertrete, ist mir wichtig. Daher freue ich mich immer auf Besuche im Europäischen Parlament. Dabei erklären wir dann unsere Arbeit, und ich beantworte Ihre Fragen. Termine vereinbaren Sie am besten mit meinem Team.

Bisher konnte ich die Parlamentsarbeit bereits folgenden Gruppen vorstellen:

- 12. Januar 2021 – Virtueller Besuch des **ÖDP-Bundesarbeitskreises „Demokratie, Außenpolitik und Europa“**
- 15. Februar 2021 – Virtueller Besuch des **ÖDP-Kreisverbands Neustadt-Weiden-Tirschenreuth**
- 25. März 2021 – Virtueller Besuch von jungen **Freiwilligendienstleistenden der diakonischen Einrichtung Bethel**
- 20. April 2021 – Virtueller Besuch des **ÖDP-Kreisverbands Dingolfing-Landau**
- 19. Mai 2021 – Virtueller Besuch von Teilnehmer*innen eines Freiwilligen Ökologischen Jahres des **Paritätischen Wohlfahrtsverbands**

Kontakt Manuela Ripa MdEP



Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
09G354
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: 0032 2 28 45739
Fax: 0032 2 28 49739

Straßburg
Parlement européen
Bât. WINSTON CHURCHILL
M01045
1, avenue du Président
Robert Schuman
CS 91024 F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: 0033 3 88 1 75739
Fax: 0033 3 88 1 79739

manuela.ripa@ep.europa.eu

DREI FRAGEN

an Manuela Ripa ...

Warum sind Sie in die Politik gegangen, was wollen Sie dort vor allem erreichen?

Manuela Ripa: Eigentlich bin ich ein ganz normaler Mensch und möchte genau das auch bleiben. Wenn man sagt, ich sei Politikerin, dann wundere ich mich manchmal immer noch. Trotzdem glaube ich, dass man Dinge im Leben verändern kann, wenn man nicht mit ihnen einverstanden ist. Im Alltag stoßen wir tagtäglich auf Fragen und Zusammenhänge, die wir anders einschätzen, wo wir uns eine nachhaltigere und ökologische Lösung wünschen und wo wir diese auch dringend brauchen. Genau das hat mich bewegt, vor dem Hintergrund meiner juristischen Ausbildung auch auf Gesetze einwirken zu wollen. Denn Gesetze sind die Grundregeln unseres Zusammenlebens; sie bestimmen auch über den Einfluss von uns Menschen auf die Natur, auf die Umwelt und insbesondere auch auf die Tiere und Ihr Wohl. Als Mutter zweier kleiner Kinder weiß ich, wie wichtig Gesetze für das Wohlergehen meiner Kinder und ihre Gesundheit sind. Das hat mich dazu bewogen, in die Politik zu gehen, weil es die Parlamente sind, die die Gesetze machen.

Und es ist höchste Zeit, Gesetze zu machen, die das Zusammenleben sowohl gesellschaftlich als auch nachhaltig auf diesem Planeten nicht zerstören! Das Gute muss gewinnen! Dafür muss man in die Parlamente. Es ist mir eine Ehre, im Sinne der ÖDP Gesetze beeinflussen zu können!

Welche Erfahrungen haben Sie im ersten Jahr im Europäischen Parlament sammeln können?

Die wohl wichtigste Erfahrung war, dass auch dort alle nur mit Wasser kochen. Man darf keine Angst vor sogenannten „großen Tieren“ haben.

Ich freue mich, dass ich fast von Beginn an die für unsere Partei wichtigen Themen in Angriff genommen und mir auch einige Zuständigkeiten in der Fraktion und im Parlament erarbeitet habe. Man muss ernst genommen werden, und dazu gehört, dass man weiß



wovon man spricht und dass man sich in die Debatten einbringt. Dass dies gelingen kann und dass dies Freude machen kann, ist trotz der Pandemie die wichtigste Erfahrung, die ich im ersten Jahr sammeln konnte.

Bleibt neben dem Pendel-Job zwischen Brüssel und Straßburg noch Zeit für die Familie?

Es ist in der Tat meine wichtigste persönliche Sorge, dass die Qualität meiner Präsenz für meine Familie leiden könnte. Ich gebe zu, dass mich das durchaus zusätzlich unter Druck setzt und stresst.

Die Pandemie hat allerdings einige Arbeitsmethoden aufgezeigt, die ein familienfreundlicheres Arbeiten im Europäischen Parlament möglich machen. Um diese Errungenschaften zu bewahren, engagiere ich mich für meine Fraktion – aber auch für alle Mütter und Väter von jungen Kindern – in der internen Arbeitsgruppe zur Reorganisation der parlamentarischen Abläufe. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten-Müttern versuchen wir, eine stärkere Vereinbarkeit von parlamentarischer und politischer Arbeit mit einem wertvollen Familienleben zu ermöglichen. Der Job als Politikerin, als Politiker muss auch mit Kindern möglich sein, ohne dass diese darunter leiden. Leider ist dies nicht so einfach, wie es mir zunächst schien. Zu viele Kolleginnen und Kollegen spüren den Wunsch nach einem qualitativen Familienleben offenbar weniger. Ich bleibe aber hart in der Sache zur Vereinbarkeit von Familie und politischem Beruf. Sie ist für mich Grundvoraussetzung, mich politisch zu engagieren.

Impressum

Inhalt und Redaktion: Manuela Ripa, Gerd Pfitzenmaier, Timo Diers

Büro: EuropaBürgerbüro, Mainzer Straße 110, 66121 Saarbrücken, Tel.: 0681/590 998 31, E-Mail: europabuero@manuela-ripa.eu

Layout: Heike Brückner, Grafikstudio Art und Weise, Regensburg

Druck: Druckerei Schmidl und Rotaplan, Regensburg. Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.



Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.